

Kindergartenjahr 2023/2024

Bedarfsplanung, Elternbeiträge und Co.



Symbolbild: Das Kinderhaus Walter Ellwanger

Es ist mittlerweile eng in den Dettinger Kinderbetreuungseinrichtungen - zum einen was die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze angeht, zum anderen aber auch was die Personalausstattung in den kirchlichen Einrichtungen betrifft. Neben Bedarfsplanung und Stellenplan stand auch die Festsetzung der Elternbeiträge, die Einführung von Platzvergabekriterien, die Anpassung der Anzahl an Schließtagen sowie geänderte Aufnahmezeiten auf der Agenda zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat.

Gleich zu Beginn der Sitzung hatte Bürgermeister Michael Hillert mitgeteilt, dass der geplante Tagesordnungspunkt „Reduzierung der Betreuungszeiten im Ganztagesangebot aufgrund von Personalmangel“ entfällt. Eine kurzfristig kommunizierte Verlängerung einer Sonderregelung des Kultusministeriums, die es Kindergartenträgern erlaubt den Mindestpersonalschlüssel zu unterschreiten und fehlende pädagogische Fachkräfte teilweise mit Nicht-Fachkräften zu ersetzen, gewährte dahingehend noch Aufschub. Dennoch muss sich etwas am Kinderbetreuungsangebot ändern, um dem aufgrund unbesetzter Stellen überlasteten Personal eine Perspektive aufzuzeigen. Hierzu erklärte Bürgermeister Hillert, dass die neue Sach- und Rechtslage und die verschiedenen Lösungsansätze zwischen

Verwaltung und Kirchenpflege sowie anschließend im Kooperationsausschuss möglichst bald diskutiert werden soll. Dabei eng einbezogen werden soll auch die Elternschaft, um einen für alle möglichst verträglichen Kompromiss zu finden. Abgesehen von den jüngsten Entwicklungen galt es in der Sitzung die weiteren Rahmenbedingungen für das Kindergartenjahr 2023/2024 festzuzurren. Diese wurden im Kooperationsausschuss bereits vorherberaten und wurden daher ohne große Diskussion im Gemeinderat auch einstimmig verabschiedet. Unter anderem ging es dabei um die Erhöhung der Elternbeiträge. Diese richtet sich wie in den Vorjahren auch an den landesweiten Empfehlungen aus und bedeutet somit eine Erhöhung von 8,5%. Weiter wurden Vergabekriterien eingerichtet für den Fall, dass nicht für alle Anmeldungen auch ein Betreuungsplatz unmittelbar verfügbar ist. Anhand der Kriterien, wie beispielsweise Berufstätigkeit der Eltern oder Geschwisterkindern in der gleichen Einrichtung, können dann die vorliegenden Anmeldungen bewertet und in eine Rangfolge gebracht werden. Zum Modus der Anmeldung für einen Betreuungsplatz gibt es ebenfalls Änderungen: Statt den bisher drei Stichtagen zum 1. Januar, 1. Mai und 1. September gibt es künftig im Kindergartenbereich nur noch den Stichtag 1. März sowie im Kinderkrippenbereich die zwei Stichtage 1. März und 1. Oktober. Dies ermöglicht eine bessere Planbarkeit für alle Seiten und reduziert zudem den Verwaltungsaufwand. Abschließend soll noch eine kleine Veränderung dazu beitragen, die evangelische Kirche als Arbeitgeber für pädagogische Fachkräfte noch attraktiver zu machen. Mit der Reduzierung der Anzahl an Schließtagen von 25 auf neu 24 ermöglicht man den MitarbeiterInnen eine etwas flexiblere Urlaubsplanung. Neben den gebundenen Schließtagen, in denen zwangsläufig Urlaub genommen werden muss, bleiben somit immerhin zwei volle Wochen, die individuell terminiert werden können. Diese Änderung kommt gleichzeitig auch den Eltern zugute und wurde dementsprechend vom Gremium begrüßt.

Ehrung für langjähriges Engagement

Elke Göhner feiert Jubiläum als Gemeinderätin



Bürgermeister Michael Hillert und Gemeinderätin Elke Göhner vor ihrem „Arbeitsplatz“ im Sitzungssaal.

Bereits 2012 als Nachrückerin ins Amt gekommen: Bürgermeister Michael Hillert durfte zu Beginn der Sitzung die nun langjährige Gemeinderätin Elke Göhner für ihr ehrenamtliches Engagement im Gremium auszeichnen.

Mit Blumen und der offiziellen Stele sowie Ehrennadel des Gemeindetags Baden-Württemberg ehrte Bürgermeister Hillert die bereits über 10 Jahre andauernde kommunalpolitische Tätigkeit. Dabei hob er das große Engagement und das Herzblut, mit dem die Rätin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unabhängigen Liste (UL) ihre Tätigkeit im Gremium ausfüllt, hervor.

Kurz und bündig

Schweigeminute für Georg Schnitzler

Mit großem Bedauern verkündete Bürgermeister Michael Hillert zu Beginn der Sitzung eine traurige Nachricht. Der Tod unseres langjährigen Bauhofleiters und auch ehemaligen Feuerwehrkommandanten Georg Schnitzler machte Gremienmitglieder und Verwaltung sehr betroffen. Zu seinem Gedenken wurde vor der Sitzung eine Schweigeminute abgehalten.

Räumlichkeiten des Harmonika-Club

Bürgermeister Michael Hillert wunderte sich zu Beginn der Sitzung über die tagesaktuelle Presseberichterstattung von der Jahreshauptversammlung des HC. Nach konstruktiven Gesprächen zwischen einem Vereinsvertreter und der Verwaltung erst vor wenigen Tagen zeigte er sich umso überraschter, dass die Frage nach Räumlichkeiten offenbar so existenziellen Ausmaßes sei. Ihm war daher wichtig dem Gremium nochmals zu erklären, weshalb die Räume in der Schillerschule künftig für die immer weiterwachsende Kernzeitbetreuung benötigt werden. Weiter versicherte er, dass ihm das Bestehen des HC ein großes Anliegen sei und die Verwaltung dem Verein bei der Suche nach Räumlichkeiten konstruktiv zur Seite stehen werde.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Der Form halber informierte Bürgermeister Hillert über den im April in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschluss, die bestehenden Mietverträge im Gebäude Neuffener Straße 58 zu kündigen, um die Fläche für Feuerwehrzwecke nutzen zu können.

Änderung des Flächennutzungsplans: Sondergebiet

RÜB Otterbruck

Im Parallelverfahren zum Bebauungsplan muss auch der Flächennutzungsplan für die Fläche des Regenüberlaufbeckens Otterbruck punktuell angepasst werden. Ausgewiesen wird eine Sonderbaufläche. Nachdem die frühzeitige Beteiligung von Öffentlichkeit und Fachbehörden bereits erfolgt ist, hatte der Gemeinderat die

eingegangenen Stellungnahmen abzuwägen. Hierbei handelte es sich zumeist um Formalien, sodass der Entwurf einstimmig gebilligt und die erneute Auslegung beschlossen werden konnte.

Vorschlagsliste für die Schöffenvwahl

Ohne große Diskussion wurde die Vorschlagsliste der Gemeinde für die anstehenden Schöffenvwahl einstimmig beschlossen beziehungsweise alle Bewerber auf die Liste gewählt. Dettingen muss dem Amtsgericht Bad Urach für die Tätigkeit als Laienrichter (Schöffe) mindestens sechs Personen benennen, wovon schließlich drei Personen für die Tätigkeit am Amtsgericht Reutlingen oder Landgericht Tübingen ausgewählt werden. Erfreulicherweise war das Interesse der Dettinger Bürger groß und die Liste umfasst immerhin 16 Personen. Die endgültige Auswahl obliegt nun dem Schöffenvwahlausschuss des Amtsgerichts Bad Urach.

Stilllegung der Bushaltestelle „Bleiche“

Nach dezidiertem Vorberatung im Technischen Ausschuss Anfang des Monats schloss sich der Gemeinderat der Empfehlung der Ausschussmitglieder einstimmig an. Die Bushaltestelle wird demnach umgehend ersatzlos stillgelegt. Die Busbucht und der Gehweg dorthin sollen im Zuge des für nächstes Jahr anstehenden großen Umbaus des Knotenpunkts B28/Uracher Straße (Anschluss „Dettingen-Ost“) zurückgebaut werden. Da mit dem Halbstundentakt auf der Ermstalbahn die Andienung der Haltestelle durch Busse deutlich abnehmen wird und potenzielle Fahrgäste sowieso bereits am Bahnhof Gsaidt aussteigen müssen, erschien dem Gremium der finanzielle Aufwand für eine Verlegung der Haltestelle und einen barrierefreien Ausbau als unverhältnismäßig. Dass die Bushaltestelle an dieser Stelle so nicht bleiben kann, hatte die Verkehrsbehörde zusammen mit der Verkehrspolizei im Vorfeld im Rahmen einer Verkehrsschau anlässlich eines tragischen Unfalls festgestellt.

Förderprogramm LEADER bis 2029

Seit diesem Jahr ist Dettingen Mitglied der LEADER-Aktionsgruppe Mittlere Alb. Im ersten Turnus war das Interesse der Dettinger an einer Förderung aus den EU-Töpfen, die dort zur Verfügung stehen, groß. Zehn Anfragen aus Dettingen mündeten in vier Förderanträge, von denen erfreulicherweise auch einer ausgewählt und mit Zuschüssen bedacht wurde. Das Gremium fasste daher gerne den formalen Beschluss auch bis ins Jahr 2029 den notwendigen Eigenanteil der Mitgliedskommunen bereitzustellen. Jährlich beläuft sich dieser auf 8.000 – 9.000 Euro.

Starkregenrisikomanagement – Ausschreibung von Kleinmaßnahmen

Nach ausführlicher Vorstellung der einzelnen Maßnahmen im Technischen Ausschuss im März stand nun der Ausschreibungsbeschluss an. Unter anderem am Nützenbach

und am Lochbach sowie am Glemsweg sind kleinere Maßnahmen wie beispielsweise Pfahlrechen, Geländemodellierungen, die Herstellung von Einlaufrinnen oder die Umgestaltung von Einlaufschächten geplant. Denn im Hochwasserschutz und insbesondere in der Starkregenvorsorge können auch bereits kleine Veränderungen nachher Großes bewirken und vor Überschwemmungen und Folgeschäden schützen. Insgesamt summieren sich die Baumaßnahmen auf etwa 125.000 Euro und wurden einstimmig freigegeben.

Vergabe Straßenbauarbeiten „Hinter dem Rathaus“

Im Rahmen der Ortskernsanierung steht bekanntermaßen die Neugestaltung des Platzes „Hinter dem Rathaus“ an. Die zugehörigen Straßenbauarbeiten wurden bereits ausgeschrieben und die Verwaltung hatte daraufhin zwei Angebote erhalten. Die Firma Adolf List GmbH & Co. KG aus Reutlingen erhielt als günstigste Bieterin den Zuschlag bei Kosten für die Gemeinde in Höhe von rund 233.000 Euro. Neben der Neuordnung der öffentlichen Parkmöglichkeiten soll auch eine Lademöglichkeit für Elektroautos eingerichtet werden. Hierzu prüft die Verwaltung derzeit verschiedene Möglichkeiten, unter anderem auch eine in Verbindung mit einem Carsharing-Anbieter.

Finanzzwischenbericht

Aufgrund aktueller Informationen aus den Steuerschätzungen sowie entsprechenden Änderungsbescheiden beim Gewerbesteueraufkommen berichtete die Verwaltung davon, dass man finanziell erfreulicherweise etwas besser dastehe als im Haushalt geplant. „Kein Grund aushausig zu werden, aber wir können vielleicht ein bisschen besser schlafen“, fasste Bürgermeister Michael Hillert die Situation zusammen. Richtiger Grund zur Freude besteht nämlich nach wie vor nicht: Trotz nach aktuellem Stand etwa 2,7 Mio. Euro besserem Ergebnis und entsprechend geringerer Kreditaufnahme (1,2 Mio. statt 3,9 Mio. Euro) bleibt es mit rund 4 Mio. immer noch bei einem großen Minus.

Aktueller Stand: Einrichtung eines Radschutzstreifens auf der östlichen Sammelstraße

Auf Nachfrage berichtete die Verwaltung kurz zum Zwischenstand des Radschutzstreifens in der östlichen Sammelstraße. Nach Vorliegen der Ausführungsplanung wurde zwischenzeitlich umgehend ein Förderantrag eingereicht, welcher aktuell zur Bearbeitung beim Regierungspräsidium liegt. Sobald von hier eine Förderzusage vorliegt, können dann auch die entsprechenden Markierungsarbeiten ausgeschrieben werden. Mit einer Umsetzung ist demnach noch in diesem Jahr zu rechnen.